

Stadt Eberswalde · Stadtverordnetenversammlung
Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

c/o Mirko Wolfgramm, Spreewaldstraße 6, 16227 Eberswalde

Tel.:(0172)3811257,eMail:mirkowolfgramm@gmx.de,Fraktionsassistent:fraktionsassistent@gerd-markmann.de

Eberswalde, 01. Mai 2022

Vorlage-Nr.: BV/0666/2022

- öffentlich -

Betreff: **Antrag auf Bildung eines zeitweiligen Untersuchungsausschusses gemäß Hauptsatzung § 9 Absatz 1 i. V. m. BbgKVerf § 43 Absatz 1**

Beratungsfolge:

Stadtverordnetenversammlung	24.05.2022	Entscheidung
-----------------------------	------------	--------------

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur beantragt gemäß Hauptsatzung § 9 Absatz 1 i. V. m. BbgKVerf § 43 Absatz 1 die Bildung eines zeitweiligen Ausschusses zur Untersuchung der publik gewordenen Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit des ehemaligen Bürgermeisters Friedhelm Boginski.

Zu den Untersuchungsgegenständen sollen insbesondere gehören:

- die möglichen Zusammenhänge zwischen Wahlkampfspenden und der Beschlussfassung zur Überleitung des Städtebaulichen Vertrages »Schwärzeblick«
- die Nutzung städtischer Ressourcen (Wahlkampftermine in der Arbeitszeit, Unterstützung durch die Sekretärin des Bürgermeisters während deren Arbeitszeit etc.) für den Bundestagswahlkampf des ehemaligen Bürgermeisters
- die Nutzung städtischer Ressourcen durch den ehemaligen Bürgermeister und von ihm geduldet durch andere Personen der Stadtverwaltung für Privatzwecke
- Aufklärung von Vorwürfen, wonach in früheren Fällen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung unter Druck gesetzt wurden, um sie von wahrheitsgemäßen Zeugenaussagen abzuhalten.

Der zeitweilige Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit des ehemaligen Bürgermeisters soll über 12 Sitze verfügen.

...

Der fraktionslose Stadtverordnete soll die Möglichkeit erhalten, als zusätzliches Mitglied mit aktivem Teilnahmerecht an dem Untersuchungsausschuss teilzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll auf Vorschlag des Untersuchungsausschusses bis zu 6 sachkundige Einwohnerinnen oder sachkundige Einwohner berufen können. Die Hinzuziehung von gegebenenfalls notwendigem externen Sachverstand soll möglich sein.

gez. Mirko Wolfgramm
Fraktionsvorsitzender
